Stadt Dübendorf

Gemeinderat

Sitzung vom **05. Februar 2024**

16. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 5. Februar 2024, 19:00 Uhr bis 20:21 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Patrick Schärli (die Mitte/EVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	36 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	André Csillaghy (SP) Christian Gross (SP) Oliver Kellner (Grüne) Susanne Schweizer (SP)
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmenzählende	Alexandra Freuler (SP) Julian Croci (Grüne) i.V. für Oliver Kellner (Grüne) Sarah Steiner (SVP)

Stadt Dübendorf

Gemeinderat

Sitzung vom **05. Februar 2024**

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Protokollgenehmigung der 15. Sitzung vom 11. Dezember 2023

3. Kreditabrechnung Veloförderungskonzept 2015-2020, Massnahmen 2018, Erweiterung Veloabstellanlage Bahnhof Stettbach Süd
GR Geschäft Nr. 36/2023

4. Alters- und Spitexzentrum IMWIL; Umbau der Station B1; Kreditabrechnung
GR Geschäft Nr. 37/2023

5. Postulat Flavia Sutter (Grüne) und 9 Mitunterzeichnende „Schutz der Artenvielfalt“ / Antrag auf Abschreibung
GR Geschäft Nr. 99/2019

6. 2. Fragestunde im Amtsjahr 2023/2024

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) begrüsst zur 16. Sitzung der Legislatur 2022-2026.

Die Einladung zur heutigen Sitzung mit der Traktandenliste ist gemäss Artikel 46 von der Geschäftsordnung vom Gemeinderat rechtzeitig verschickt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden.

Es gibt keine Änderungsanträge zur Traktandenliste, womit diese als genehmigt gilt. Für die Sitzung haben sich André Csillaghy (SP), Christian Gross (SP), Oliver Kellner (Grüne) und Susanne Schweizer (SP) entschuldigt. Katrin Vögeli (glp/GEU) wird etwas verspätet eintreffen. Es sind somit aktuell 35 Gemeinderatsmitglieder anwesend. Da Stimmenzähler Oliver Kellner (Grüne) abwesend ist, springt Julian Croci (Grüne) für ihn ein. Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.
Vom Stadtrat lassen sich Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU) und Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (die Mitte) entschuldigen.

Ratspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) freut sich, Sabine Meier (FDP), die für Sandro Bertoluzzo in den Rat nachgerückt ist, zu ihrer ersten Sitzung begrüssen zu dürfen, und bittet sie, sich kurz vorzustellen.

Sabine Meier (FDP)
"Wie Patrick Schärli schon gesagt hat: Mein Name ist Sabine Meier. Ich bin verheiratet. Wir haben eine erwachsene Tochter. Ich arbeite bei der Zürich Versicherung, und zwar im Schweizer Geschäft.

Ich unterstütze mit meinem Team die Finanzplattform SAP und setze dort grosse nationale und internationale Projekte um. Wir arbeiten dort im Team, ich mache aber auch gerne selbst Analysen. Ich arbeite gern in kleinen Schritten und erreiche dann mit kleinen Erfolgen gern auch grössere Vorhaben. Ich bin aktive Turnerin in der Damenriege des Turnvereins Dübendorf. Und da bin ich auch schon viele Jahre im Vorstand. Ich gehe ausserdem ins Tanzfitness, um mich körperlich fit zu halten und weil es mir sehr grossen Spass macht. Ich handarbeite gern, ist Yoga fürs Gehirn und mein Ausgleich. In Dübendorf bin ich seit über 35 Jahren. Was als eine vorübergehende Phase gedacht war, ist meine Heimat geworden, hier habe ich mein soziales Umfeld und fühle ich mich wohl. Und etwa gleichzeitig bin ich auch freisinnig geworden. Eine Kollegin hat mich angesprochen und so kam ich zu den Jungliberalen. Eine Zeitlang war ich Präsidentin, ich war damals wirklich noch jung. Wir haben viele Themen angegangen und auf politische Ebene viel ausprobiert. Ich war auch bei den Freisinnigen im Vorstand und habe da diverse Aufgaben übernommen und sass auch von Amtes wegen manchmal in der Fraktionssitzung. Ich freue mich sehr, dass ich Dübendorf und die FDP im Gemeinderat vertreten darf.
Ich bin von Edith gut eingeführt und von meinen Fraktionskollegen sehr gut aufgenommen worden. Vielen Dank! Jetzt liegt es an mir, mich gut einzuarbeiten und aktiv meinen Teil beizusteuern."

Weiter informiert der Ratspräsident darüber, dass für die scheidende Gemeinderatssekretärin, Edith Bohli, eine Nachfolge gefunden werden konnte. Friederike Häfeli wird die Stelle per 1. Juni 2024 antreten. Es wird jedoch dennoch zu einer Vakanz im Gemeinderatssekretariat kommen, da die stellvertretende Gemeinderatssekretärin, Franziska Lee, ihre Stelle auf Ende März 2024 gekündigt hat. Ratspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) bedauert die Kündigung sehr, freut sich aber in den verbleibenden Wochen auf die gute Zusammenarbeit mit Franziska Lee.

Der Stadtrat hat seit der letzten Sitzung dem Gemeinderat folgende Sachgeschäfte überwiesen:

- Überführung der «sip dübi» in einen unbefristeten Regelbetrieb der Stadt Dübendorf
- Abrechnung Baukredit Erweiterung Schulanlage Högler

Das erste Geschäft wird von der GRPK und das zweite von der KSG vorberaten.

Beim Ratsbüro sind vom Stadtrat Antworten auf folgende politischen Vorstösse eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Flavia Sutter (Grüne) zur Neuorganisation der Stadtverwaltung
- Schriftliche Anfrage Tanja Boesch (die Mitte/EVP) betreffend Tiefbauamt

Die schriftlichen Anfragen sind mit der Beantwortung durch den Stadtrat abschliessend behandelt.

Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende Vorstösse:

- Interpellation Lukas Schanz (SVP) und 13 Mitunterzeichnende: Glattwerk AG – Dividendenausschüttung
- Einzelinitiative André Winkler "Für die Sozialhilfeempfänger/innen soll das Sozialamt die Serafe-Gebühren ganz oder teilweise übernehmen"

Die Interpellation ist vom Büro formell geprüft und für gültig befunden worden. Sie wurde dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen. Über die Gültigkeit der Einzelinitiative wird an der nächsten Bürositzung entschieden.

Fraktions- und persönliche Erklärungen
Es sind keine Fraktions- oder persönlichen Erklärungen angekündigt worden.

2. Protokollgenehmigung der 15. Sitzung vom 11. Dezember 2023

Zum Protokoll der 15. Gemeinderatssitzung vom 11. Dezember 2023 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es gilt somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3. Kreditabrechnung Veloförderungskonzept 2015-2020, Massnahmen 2018, Erweiterung Veloabstellanlage Bahnhof Stettbach Süd GR Geschäft Nr. 36/2023

Andrea Brühlmann (glp/GEU), Sprecherin der GRPK

"Im Rahmen des Veloförderungskonzeptes 2015 bis 2020 ist ein Kredit über 430'000 Franken zulasten der Investitionsrechnung für die Umsetzung der Erweiterung der Veloabstellanlage am Bahnhof Stettbach bewilligt worden.
Dabei ist es um die Erweiterung der bestehenden Veloabstellanlage um 140 Plätze von vorher 200 auf 340 gegangen.
Nach Abschluss der Arbeiten präsentiert sich die Abrechnung der Abteilung Finanzen und Liegenschaften wie folgt:

	Kosten Soll inkl. MwSt.	**Kosten Ist inkl. MwSt.**	**Differenz inkl. MwSt.**
Tiefbauarbeiten	Fr. 130`000.00	Fr. 96`146.80	Fr. - 33`854.20
Nebenarbeiten	Fr. 235`000.00	Fr. 256`327.25	Fr. 21`327.25
Nebenkosten und Drittleistungen	Fr. 20`000.00	Fr. 9`646.95	Fr. - 10`353.05
Technische Kosten	Fr. 45`000.00	Fr. 40`752.45	Fr. - 4`247.55
Subventionierung, Beiträge	Fr.0.00	Fr. - 1`250.00	Fr. – 1`250.00
Total:	**Fr. 430`000.00**	**Fr. 401`623.45**	**Fr. – 28`376.55**

Die aufgelisteten Kosten sind um 28`376.55 Franken geringer als ursprünglich budgetiert. Die Abweichungen liegen im Bereich der üblichen Kostengenauigkeit von +/- 10%. Obwohl die Nebenarbeiten um ca. 5% höher ausgefallen sind, resultiert diese Einsparung. Einerseits sind die Kosten nach der Tiefbauofferte um ca. 25% tiefer ausgefallen und die übrigen Bauarbeiten haben günstiger ausgeführt werden können. Andererseits sind die Bewilligungs- und Vermessungskosten um ca. 50% tiefer gewesen als geplant. Zusätzlich hat sich die Samsung Hall mit einem Beitrag von 1`250 Franken am Baugesuch beteiligt. Weil es eine gemeinsame Eingabe des Fussweges und der Erweiterung der Veloabstellanlage gab.

Welche Abklärungen hat die GRPK getroffen?
Die Kostenaufstellung der Firma Gossweiler war klar und übersichtlich. Die Unterschreitung der Kosten ist erfreulich gewesen. Aufgrund der Unterlagen wurden fünf Fragen gestellt, die der Stadtrat zu unserer Zufriedenheit beantworten konnte. Während der Abklärungen der damaligen UK für die Bewilligung dieses Kredites im Frühling 2019 wurde der Stadtrat aufgefordert, die Beteiligung von Privaten bei solchen Projekten zu prüfen. Veloabstellplätze können nicht nur von SBB-Nutzern, sondern auch von Mitarbeitern der umliegenden Firmen genutzt werden. Auch in Zukunft kann auf solche Synergien und auf eine Kostenbeteiligung Dritter geachtet werden.

Zu welchen Schluss kommt die GRPK:
Die Kreditabrechnung wird von der GRPK als sauber beurteilt. Die Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat sind zufriedenstellend. Der Antrag ist somit nachvollziehbar und die GRPK kann dem Antrag des Stadtrates folgen. Die GRPK beantragt einstimmig, die vom Stadtrat beantragte Kreditabrechnung, Geschäft 036/2023 betreffend Veloförderungskonzept 2015 bis 2020, Massnahmen 2018, Erweiterung der Veloabstellanlage Bahnhof Stettbach Süd mit Gesamtkosten von 401`623.45 Franken inklusiv Mehrwertsteuer zuzustimmen.

Stellungnahme Stadtrat, Ivo Hasler (SP), Stv. Sicherheitsvorstand
"Als stellvertretender Sicherheitsvorstand möchte ich der GRPK meinen Dank für die sorgfältige Prüfung aussprechen. Ich möchte Ihnen das Geschäft zur Annahme empfehlen."

Abstimmung
Der Gemeinderat genehmigt die Kreditabrechnung betreffend Erweiterung Veloabstellanlage Bahnhof Stettbach Süd mit 34 zu 0 Stimmen.

Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Die Kreditabrechnung über die Erweiterung der Veloabstellanlage am Bahnhof Stettbach Süd (GR-Geschäft Nr. 27/2018), welche die Gesamtkosten von Fr. 401‘623.45 und somit eine Kreditunterschreitung in der Höhe von Fr. 28‘376.55 ausweist, wird genehmigt.

2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

4. Alters- und Spitexzentrum IMWIL; Umbau der Station B1; Kreditabrechnung GR Geschäft Nr. 37/2023

Andrea Brühlmann (glp/GEU), Sprecherin der GRPK
"Für den Umbau der Station B1 ist ein Bruttokredit von 680`000 Franken beantragt worden. Bei diesem Umbau ist die Station B1, soweit sinnvoll analog der Station B0 umgebaut und aufgefrischt worden. Es ist ein Aufenthaltsraum- und Essbereich geschaffen worden, sowie die Zimmergrössen den heute gültigen Platzanforderungen angepasst worden. Es sind neue Nasszellen geschaffen und die Metallbecken sind ersetzt worden. Zusätzlich sind weitere Auffrischungsarbeiten bei den bestehenden Zimmern und Badezimmern ausgeführt worden.

Nach Abschluss der Arbeiten präsentiert sich die Abrechnung der Abteilung Finanzen- und Liegenschaften wie folgt:

	Kreditbetrag in Fr.	**IST Kosten in Fr.**	**Mehrkosten in Fr.**
Total:	680`000.00	681`299.51	1`299.51

Laut Begründung liegen die Mehrkosten in erster Linie an der Teuerung.

Welche Abklärungen hat die GRPK getroffen?
Die nur leichte Kostenüberschreitung wurde als positiv aufgefasst. Wir haben drei Fragen gestellt und die genaue Baubuchhaltung wurde angefordert, damit die Abrechnung auch mit der Offerte vergli-

chen werden konnte. Auch haben wir eine genaue Abrechnung des Möbellieferanten nachgeliefert bekommen.

Zu welchen Schluss kommt die GRPK?
Für die GRPK ist die Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat zufriedenstellend und die Kreditabrechnung kann als klar und nachvollziehbar angesehen und somit abgeschlossen werden. Erfreulich ist, dass trotz hoher Teuerung die Abrechnung im Rahmen der Offerte geblieben ist.

Die GRPK beantragt einstimmig, dem Geschäft 037/2023 betreffend Kreditabrechnung Alters- und Spitexzentrum IMWIL, Umbau Station B1 mit Gesamtkosten von Fr. 681'299,51 inklusiv Mehrwertsteuer zuzustimmen."

Stellungnahme Stadtrat, Ivo Hasler (SP), Sozialvorstand
"Herzlichen Dank der GRPK für die Prüfung der Abrechnung und dem IMWIL für die Umsetzung des Vorhabens. Wir haben im IMWIL die Kapazität von vor zwei Jahren 9 Zimmer auf heute 37 Zimmer aufgestockt. Die Zimmer sind bereits belegt. Ich wiederhole mich – das habe ich nämlich letztes Jahr schon gesagt, als wir die erste Abteilung erstellt haben: Es besteht eine sehr grosse Nachfrage auf die Geronto-Plätze. Die langjährige Angst, dass das IMWIL nicht voll besetzt werden kann, ist also sehr unbegründet. Es gibt zum ersten Mal eine Warteliste von Personen, die einen Pflegeplatz suchen. Das gab es in der Geschichte hier bisher noch nicht. Die Obsan-Studie sagt für 2040 einen Bedarf von 245 Plätzen im Bezirk Uster voraus. Da sind wir nun zusammen mit der Gesundheitsdirektion dabei zu schauen, was das genau bedeutet. Um herauszufinden, wie wir die Versorgung auch für die Zukunft sicherstellen können. Das habt ihr sicher auch in den Legislaturzielen gelesen. Darum stellt sich auch die Frage, was wir im IMWIL für ein Angebot für Alter und Pflege benötigen werden, damit wir das Notwendige am Platz Dübendorf auch gewährleisten können."

Abstimmung
Der Gemeinderat genehmigt die Kreditabrechnung betreffend Umbau der Station B1 im Alters- und Spitexzentrum IMWIL mit 34 zu 0 Stimmen.

Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Die Kreditabrechnung über das Projekt IR01112 "Umbau der Station B1 im IMWIL Alters- und Spitexzentrum" mit Gesamtkosten von Fr. 681'299.51 (inkl. MwSt.) wird genehmigt.

2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

5. Postulat Flavia Sutter (Grüne) und 9 Mitunterzeichnende „Schutz der Artenvielfalt“ Antrag auf Abschreibung GR Geschäft Nr. 99/2019

Flavia Sutter (Grüne), Erstunterzeichnerin

"Wir finden die Richtlinien betreffend naturnahe Pflege und Bewirtschaftung der städtischen Grün- und Freiflächen gut und sinnvoll. Wir danken allen, die bei der Erstellung der Richtlinien mitgearbeitet haben. Wie wir im Protokollauszug des Stadtrates lesen konnten, erfüllen die Unterhaltsdienste und die Stadtgärtnerei die Grundsätze in der Richtlinie bereits grösstenteils. Es werden also schon 20 ha von den stadteigenen Flächen als naturnah bewirtschaftet. Stoff- und Wasserkreisläufe werden möglichst an Ort und Stelle geschlossen, man achtet auf einheimisches, standortgerechtes Pflanzenmaterial, es wird möglichst auf künstliche Bewässerung verzichtet, man nutzt möglichst wenig chemisch-synthetische Hilfsstoffe und Pflanzenbehandlungsmittel, zur Schädlingsbekämpfung werden Nützlinge eingesetzt. Es wird auf Dünger verzichtet, vorhandene Neophyten werden bekämpft, die Verwendung von Fadenmähern und Laubbläsern wird auf ein Minimum beschränkt. Diese Massnahme unterstützen wir natürlich. In den Erwägungen des Stadtrates steht aber auch, dass der Liegenschaftendienst der Primarschule Dübendorf personell und finanziell nicht in der Lage ist, die Richtlinien umzusetzen, obwohl die zuständigen Personen die Grundsätze eigentlich gutheissen. Der entstehende Aufwand müsste eruiert, die entsprechenden Kosten budgetiert und bewilligt werden. Laut Stadtrat bewirtschaftet die Primarschule 10 ha Land. Von den anderen fünf stadtnahen Betrieben haben nur zwei – nämlich die Genossenschaft Wasserversorgung und das Alterszentrum – ein zustimmendes Feedback gegeben. Die anderen stadtnahen Betriebe – die Glattwerke, die Sport- und Freizeitanlagen und die Sekundarschule – haben nicht Stellung genommen, also weder positiv noch negativ. Wir fragen: Für was gibt es Richtlinien, wenn von Anfang an klar ist, dass sie teilweise nicht umgesetzt werden können? Die Gefahr ist gross, dass diese Richtlinien in der Schublade verschwinden und die zuständigen Organisationen so weitermachen wie bisher. Gerade bei den Schulanlagen gäbe es nach unserer Sicht einiges an Potential, um lebendige Naturräume zu schaffen und so die Artenvielfalt zu fördern. In der Umgebung von Schulhäusern hat dies eine doppelte Wirkung: Die Kinder, die dort zur Schule gehen, können vor der Schulhaustüre Naturerfahrungen machen und wir wissen ja, was man kennt, das schützt man. Aus der Sicht der Grünen müsste es so ablaufen: Die Stadt verfasst die Richtlinien als Entwurf. Dann sucht die Naturschutzbeauftragte das Gespräch mit allen betroffenen Organisationen. Da reicht ein E-Mail nicht. Sie klärt ab, was es beispielsweise bei der Primarschule braucht, um die Richtlinien umsetzen zu können, und misst die Primarschule dann auch beim Erreichen von diesem Ziel. Wenn das geklärt ist und alle wichtigen Organisationen die Möglichkeit zur Umsetzung sehen, werden die Richtlinien durch den Stadtrat in Kraft gesetzt. Die Naturschutzbeauftragte überprüft regelmässig die Einhaltung und unterstützt, wo nötig. An dieser Stelle möchte ich betonen, dass die Stelle der Naturschutzbeauftragten unbedingt ausgebaut werden muss, nur so erreichen wir unsere Ziele in der Biodiversitätsförderung. Die Erstellung von diesen Richtlinien war die erste vorgeschlagene Massnahme des Stadtrats. In der Beantwortung vom 27. Februar 2020 schlägt der Stadtrat noch eine zweite Massnahme vor: Die verstärkte Initialberatung von Grundeigentümerinnen und -eigentümer durch die Naturschutzberaterin. Diese Massnahme wird im stadträtlichen Antrag auf Abschreibung nicht mehr erwähnt. Aber auf der Webseite der Stadtverwaltung findet sich dazu interessanterweise etwas: Eine maximal 60-minütige Beratung von Gartenbesitzerinnen und -besitzern wird angeboten mit Telefonnummer zum Anrufen. Im Text wird ein Kontaktformular erwähnt, das dann aber allerdings fehlt. Die Dienstleistung macht Sinn und ist ein gutes Angebot der Stadt. Es reicht jedoch nicht, dies auf der Homepage zu platzieren. Das Angebot müsste aus meiner Sicht aktiv beworben werden. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten z.B. Werbung jedes Jahr im Frühling am Wochenmarkt, an der Pflanzentauschbörse oder bei Verein für Familiengärten. Im Antrag auf Abschreibung wird diese Massnahme wie gesagt nicht erwähnt. Ging sie vergessen? Das würden wir gerne wissen.

Ich fasse also zusammen: Die Richtlinien können nicht vollumfänglich umgesetzt werden. Die zweite Massnahme ist im Antrag nicht erwähnt. Aus diesen Gründen beantragen wir die Aufrechterhaltung des Postulats. Wir bitten den Stadtrat, die beiden Massnahmen sorgfältig zu Ende zu denken."

Stellungnahme Stadtrat, Hochbauvorstand Dominic Müller (die Mitte)
"Ich habe es hier bereits früher erwähnt, der Schutz der Artenvielfalt – sprich Biodiversität – ist auch aus Sicht des Stadtrats ein Thema, dem wir Sorgen tragen müssen und wollen. Wir machen das wie bei allen anderen Themen Schritt für Schritt wo wir einen Einfluss haben und mit vernünftigem Aufwand ein möglichst gutes Resultat erreichen. Bezüglich Landschaft machen wir das über das Landschaftsentwicklungskonzept und mit Naturschutzprojekten in Zusammenarbeit mit Dritten. Im Siedlungsraum, wo gebaut ist, ist es anspruchsvoller. Dort hat es viel kleinräumigere Strukturen. Es hat viel mehr Nutzungsinteressen und die Natur kommt am Schluss häufig spät in der Priorisierung. Zumal das Eigentumsrecht, dass man selbst wählen kann, welche Prioritäten man setzt, ein wichtiges Grundrecht ist. Wir sind aber auch daran zu prüfen, was wir in Zusammenhang mit der Gesamtrevision an Themen aufgreifen können. Da setzt uns das Recht aber Grenzen. Der Kantonsrat ist jedoch daran, hier Möglichkeiten zu schaffen, dass man im Siedlungsraum mehr machen kann. Was uns aber bleibt, ist tatsächlich vor allem die Beratung und die Sensibilisierung, was Flavia Sutter vorhin aufgegriffen hat. Und das machen wir mit unseren Angeboten bereits.
Wichtig ist ausserdem, dass wir selbst mit gutem Beispiel vorangehen und wir das aufzeigen, was wir selbst unternehmen. Der Massnahmenplan Klima, der vom Parlament schon verabschiedet worden ist und bald in Kraft tritt, enthält ganz viele solche Elemente. Hier tauchen auch Elemente der Beratung und der Stärkung der Artenvielfalt insbesondere auf den stadteigenen Grundstücken auf. Wir sind aktuell daran, den Strassenraum zu begrünen, wo es möglich und verkehrstechnisch zulässig ist und wo keine Werkleitungen in die Quere kommen. Wir machen unsere Plätze grüner und die Freiräume vielfältiger. Gerade in diesen Tagen – es ist publiziert worden – beginnen die Bauarbeiten am Lindenplatz.
Und in der Zwischenzeit wurde auch der Gegenvorschlag des Stadtrates zur Biodiversitätsinitiative angenommen, damit werden in den nächsten Jahren zusätzliche Mittel in diesen Bereich fliessen. Dadurch wird auch der Spielraum für Projekte der Stadt aber auch von Privaten grösser. Und in diesem Sinne bewegt sich betreffend dieses Thema sehr viel. Und das Reglement ist nun noch ein kleiner Puzzlestein davon.
Was man sehen muss, dass Eine ist das Pflanzen. Auch der Lindenplatz, den kann man biodivers bepflanzen. Wenn man ihn falsch pflegt, wachsen die Pflanzen eventuell nicht oder nur die falschen. In diesem Sinne ist das Reglement das Festhalten der Denkweise wie die Pflege zu erfolgen hat – Flavia hat das schön erläutert – bis tief ins operative Detail. Es wurde auch bereits erwähnt: Unsere Stadtgärtnerei ist hier seit langem vorbildlich aktiv in diesem Bereich. Darum ist auch sichergestellt, dass was an neuen Raum entsteht wie z. B. der Bettlipark, dies auch gut und nachhaltig gepflegt wird. Betreffend den weiteren Institutionen der Stadt bringt es nach Ansicht des Stadtrates nichts, einen Befehl herauszugeben. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Da muss unter Umständen die ganze Planung und der Unterhalt neugestaltet werden. Ich bin überzeugt, dass wir das nun Schritt für Schritt durch das gute Beispiel auf den eigenen Flächen auch z.B. zur Primarschule weitergeben. Es ist nicht immer nur eine Frage von finanziellen oder personellen Ressourcen, manchmal ist es auch ein Organisationsfrage. Und all das sind Themen, die im Zusammenhang mit den Massnahmen rund um den Massnahmenplan Klima aufgegriffen werden. So, dass wir als Stadtrat überzeugt sind, dass wir in der Summe von all diesen Elementen, die hier zusammenspielen, im Bereich Biodiversität gut aufgestellt sind. Entsprechend empfehle ich euch im Namen des Stadtrats das Postulat abzuschreiben."

Diskussion
Andrea Brühlmann (glp/GEU)
"Im Namen GLP steht auch ein G, darum haben wir dieses Postulat und die vom Stadtrat versprochenen Massnahmen genau beobachtet. Auch wenn Flavia schon auf viele der wichtigen Punkte

eingegangen ist, da noch einmal auch unsere Haltung. In der Beantwortung des Postulates durch den Stadtrat am 27. Februar 2020 hat der Stadtrat folgende Massnahmen in Aussicht gestellt:

1. Massnahme: Verstärkte Initialberatung an Grundeigentümer/Innen durch Naturschutzbeauftragte.
2. Massnahme: Neues Verwaltungsreglement über die naturnahe Pflege und Bewirtschaftung städtischer Grün- und Freiflächen. Diese Massnahme ist schon besser umgesetzt.

Kommen wir erst einmal zur zweiten Massnahme:
Das Reglement wurde erstellt und beinhaltet die wichtigsten Aspekte für die Pflege und Bewirtschaftung der Freiflächen. Wie sieht es aber mit der Umsetzung aus? Die Richtlinien richten sich an alle Verwaltungsabteilungen der Stadt Dübendorf sowie an diejenigen stadtnahen Betriebe, die Grün- und Freiflächen verwalten und unterhalten. Die Stadtgärtnerei und das IMWIL erfüllen die Anforderungen schon weitestgehend. Anders sieht es zum Beispiel bei der Primarschule Dübendorf aus. Dort braucht es für die Erfüllung der Richtlinien noch mehr.
Zitat: "…Der Liegenschaftsdienst der Primaschule Dübendorf weist darauf hin, dass sie zum heutigen Zeitpunkt personell und finanziell nicht in der Art aufgestellt sind, um ohne Weiteres die in den Richtlinien definierten Grundsätze zur naturnahen Pflege und Bewirtschaftung umsetzen zu können…"
Es wird in der Stellungnahme der Primarschule auch darauf hingewiesen, dass die naturnahe Bewirtschaftung mit viel Mehraufwand verbunden ist. Uns leuchtet dieser grosse Mehraufwand zwar nicht ein, trotzdem erwarten wir auch in diesem Bereich die Umsetzung. Die Mehrkosten für die Schulung des Personals müssen vor der Abschreibung dieses Postulates budgetiert und bewilligt werden.

Kommen wir jetzt zur ersten Massnahme:
Die Naturschutzbeauftragte der Stadt Dübendorf hatte ein Pensum von 120 Stunden pro Jahr. Neu wurde ab 1. Januar 2024 die Aufgaben extern an das Naturschutzbüro Vesaplan GmbH vergeben. Ab diesem Datum übernimmt Roland Risch die Aufgaben von Käthy Angele. Dieses Mandatsverhältnis geht ebenfalls über 120 Stunden pro Jahr. Also wurde das Pensum nicht erhöht, obwohl eine verstärkte Initialberatung versprochen wurde. Bis jetzt haben Hauseigentümer bei den Baueingaben Informationen in schriftlicher Form bekommen, welchen Pflanzen ökologisch im Garten sinnvoll sind, und welche vermieden werden sollten. Beratung wurde nicht angeboten. Hauseigentümer ohne Baueingabe sind nicht in den Genuss von Information oder einer Beratung gekommen. Mit dem gleichbleibenden Stundenaufwand von 120 Stunden kann eine Beratung von Grundeigentümern auch in Zukunft nicht vom Naturschutzbüro übernommen werden und scheint auch nicht geplant zu sein.
Darum vermuten wir, dass diese Massnahme einfach vergessen gegangen ist.

Es ist also eine vorgeschlagene Massnahme fast erfüllt und die andere Massnahme noch gar nicht. Wir stimmen daher für die Aufrechterhaltung des Postulates „Schutz der Artenvielfalt".
Sollte der Gemeinderat das Postulat abschreiben, bitte ich den Stadtrat, trotzdem seine Versprechen einzuhalten. Das heisst konkret, die Schulung des Personals zur ermöglichen, die personellen Ressourcen, wo notwendig, im Budget einzustellen und darauf zu achten, dass die Richtlinien auch eingehalten werden, und die Planung der aktiven Information von Hauseigentümer/innen im Bereich Artenvielfalt und ökologischen Pflege von Grundstücken voranzutreiben und im Anschluss auch zu realisieren."

Stefan Angliker (FDP)
"Die Richtlinie «Naturnahe Pflege und Bewirtschaftung städtischer Grün- und Freiflächen», welche der Stadtrat als Umsetzung des Postulats erliess, hat zwar weder Gesetzes- noch Verordnungscharakter, soll aber dennoch von allen Abteilungen und dabei insbesondere ausdrücklich auch von der Liegenschaftenverwaltung der Primarschule beachtet werden. Anders als bei den juristisch selbständigen stadtnahen Betrieben, an die sich die Richtlinie ebenfalls – aber unverbindlich – richtet, wird auch die Primarschule Dübendorf die Richtlinien umsetzen müssen. Dass sie die Richtlinien offenbar

nicht bereits ab dem 1. Januar 2024 finanziell und personell umsetzen kann, ist aufgrund der Kurzfristigkeit zwischen dem Stadtratsbeschluss und Inkrafttreten nachvollziehbar und ändert nichts an der grundsätzlichen Verpflichtung zur Umsetzung. Der Stadtrat hat in seiner Antwort auf das Postulat vom 27. Februar 2020 eine «verstärkte Initialberatung an Grundeigentümer» vorgeschlagen. Da ein solcher Beratungsauftrag jedoch bereits im Pflichtenheft der Naturschutzbeauftragten vorhanden sei, ging es dem Stadtrat unseres Erachtens wohl nur noch darum, das Angebot besser bekannt zu machen. Mehr beinhaltete diese Massnahme gemäss dem, was damals gesagt wurde, ausdrücklich nicht. Einerseits wird die Initialberatung seither tatsächlich z.B. auf der Website der Stadt prominent beworben und andererseits beinhaltet der vom Gemeinderat im letzten November verabschiedete Massnahmenplan Klima auch im Bereich Biodiversität im Sinne des Oberbegriffs, der auch die Artenvielfalt umfasst, diverse Massnahmen. Unter anderem ist ausdrücklich auch ein Beratungsangebot für Private vorgesehen, und zwar mit dem Ziel der Steigerung der Biodiversität zum Beispiel hinsichtlich ökologischer Aussenraumgestaltung und Bewirtschaftung von Grünflächen. Nachdem der Stadtrat in der Zwischenzeit nun also einerseits die erwähnten Richtlinien erlassen hat und andererseits sein Angebot betreffend Initialberatung, in Übereinstimmung mit der Beantwortung des Postulats, effektiv breiter bewirbt, und weil der Massnahmenplan Klima ausdrücklich dieses Beratungsangebot mitbeinhaltet, hat der Stadtrat das Postulat unseres Erachtens auch vollständig erfüllt.
Aus diesen Gründen wird die FDP-Fraktion die Aufrechterhaltung des Postulats nicht unterstützen."

****
Im Laufe der Diskussion ist Gemeinderätin Katrin Vögeli (glp/GEU) eingetroffen. Es sind somit fortan 36 Gemeinderatsmitglieder anwesend.
***

Abstimmung
Der Gemeinderat beschliesst mit 18 zu 17 Stimmen, das Postulat Flavia Sutter (Grüne) und 9 Mitunterzeichnende „Schutz der Artenvielfalt“ abzuschreiben. Damit ist das Geschäft Nr. 99/2019 abschliessend behandelt.

6. 2. Fragestunde im Amtsjahr 2023/2024

Für diese Fragestunde sind elf Fragen eingereicht worden. Gemäss Geschäftsordnung können die Fragestellenden eine Ergänzungsfrage stellen, nicht aber andere Ratsmitglieder. Die Begründungen zu den Fragen sind möglichst kurz zu halten.

1. Flavia Sutter (Grüne) betreffend Plakatsäulen

Einleitung
Die Plakatsäulen sind eine Möglichkeit für die Stadt und die Vereine, ihre Anlässe bekannt zu machen. Es ist attraktiv für die Vereine, da man einfach die Plakate im Stadthaus abgeben kann. Das Angebot ist kostenlos. Es hat acht Plakatsäulen in der Stadt, sechs im Zentrum, eine im Gfenn und eine im Chreis. Früher waren es mehr, zum Beispiel hatte es noch eine am Lindenplatz. Wir finden es schade, dass es in den Aussenquartieren – ausser im Gfenn – keine Plakatsäulen hat.

Fragen
1. Erachtet der Stadtrat die Plakatsäulen auch als ein wichtiges Angebot für die Vereine?
2. Ist es für den Stadtrat vorstellbar, zusätzliche Säulen aufzustellen, zum Beispiel in den Aussenquartieren wie Stettbach, Gockhausen, Hochbord und Hermikon?

Antwort des Stadtrates, Ivo Hasler (SP), Stv. Sicherheitsvorstand
Als Erstes gleichvorweg: Eine allfällige Nachfrage würde ich aufnehmen und die Antwort nachliefern. Eine Antwort ad hoc ist durch mich als Stellvertreter nicht möglich.

1. Die Plakatsäulen sind innerhalb der Dübendorfer Bevölkerung sehr beliebt und werden dementsprechend gut, sowie viel genutzt. Aus dieser Warte erachtet der Stadtrat die Plakatsäulen als wichtig. Die Plakatsäulen werden wöchentlich durch die Abteilung Tiefbau mit den neuen Plakaten bestückt. Aus Sicht der Leistungsüberprüfung ist ein weiterer Ausbau der herkömmlichen Plakatsäulen aber nicht sinnvoll. Aus ökologischen Gründen könnte ein Ersatz durch elektronische Stelen geprüft werden (analog Gemeinde Wangen-Brüttisellen).
2. Eine Erweiterung, gemäss Beantwortung der ersten Frage, des heutigen Angebotes könnte durchaus geprüft werden.

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

2. Lukas Schanz (SVP) betreffend Digitalisierung

Einleitung
Jährlich sehen wir Unmengen an Steuergelder, die für Digitalisierungsprojekte aufgewendet werden. Wenn in der Stadt Dübendorf ein Kind geboren wird, erhalten die Eltern einen Brief mit dem Betreff «Mitgliedschaft bei einer Krankenversicherung» mit dem folgenden Text: «Fall Sie oder die versicherungspflichtige Person bei einer schweizerischen Krankenkasse versichert sind, bitten wir Sie, uns innert 14 Tagen eine Bestätigung der entsprechenden Krankenversicherung auf dem unteren Abschnitt dieses Schreibens zuzustellen. Sie können uns auch den aktuellen Versicherungsausweis (Police) am Schalter vorweisen.» Die Stadt will also, dass man die Police ausdruckt (Policen der Krankenkasse erhält man fast ausschliesslich elektronisch) und diese vor Ort vorweist, oder noch mühsamer einen Talon der Krankenkasse zur Unterschrift zustellt und anschliessend an die Stadt Dübendorf zurückschickt.

Fragen
1. Weshalb kann die Bestätigung bei der Stadt Dübendorf nicht elektronisch eingereicht werden, bzw. weshalb wird darauf im Brief nicht hingewiesen?
2. Gibt es noch weitere solche veralteten Prozesse, die ohne grosse Kostenfolgen digitalisiert werden können?

Antwort des Stadtrates, André Ingold (SVP) Stadtpräsident
Der Nachweis über eine abgeschlossene Krankenversicherung kann der Stadtverwaltung in physischer oder digitaler Form zugestellt werden. Soll heissen, dass Lukas Schanz dies auch digital einreichen gekonnt hätte. Denn das Schreiben, welches Lukas Schanz anspricht, hat in dieser Hinsicht tatsächlich Mängel. Das Problem ist, dass das Schreiben automatisch aus dem Einwohnerregister-System generiert wird. Diese Schreiben sind für sämtliche Kunden des entsprechenden Softwareherstellers identisch und lassen aktuell noch keine Individualität zu. Wir sind jedoch im ständigen Austausch mit dem Lieferanten und erwarten baldige Verbesserungen.

Die Digitalisierung von Prozessen erfolgt kontinuierlich. Im Online-Schalter auf der Website der Stadt bieten wir bereits heute weit mehr als 100 Dienstleistungen digital an, welche sehr häufig genutzt werden. In den vergangenen Monaten und Jahren haben wir neben kleineren auch umfassendere Prozesse digitalisiert, wie beispielsweise die Einreichung von Baugesuchen oder die Bestellung von Parkkarten.

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

3. Rafa Tajouri (FDP) betreffend Kapazität ÖV, insbesondere Buslinie 751

Einleitung
Das rasante Bevölkerungswachstum im Glattal, insbesondere im Gebiet Hochbord führt heute schon zu deutlich mehr Verkehr und höheren Frequenzen zu Stosszeiten im ÖV. Stark davon betroffen ist die Buslinie 751, welche die einzige ÖV-Anbindung von Gockhausen an Dübendorf ist und zudem noch das Wachstum des Lycée Français im Hochbord absorbieren muss. Dies führt dazu, dass die Busse der Linie 751 in den Stosszeiten ab Gockhausen in beiden Richtungen sehr stark ausgelastet sind und es auch vorkommt, dass Passagiere den nächsten Bus abwarten müssen.

Frage
Welche Anstrengungen unternimmt der Stadtrat bereits heute und plant er in Zukunft zu lancieren, damit auf überlasteten Linien wie der Linie 751 ausreichend Kapazität bereitgestellt wird?

Antwort des Stadtrates, Ivo Hasler (SP), Stv. Sicherheitsvorstand
Der Bus 751 wird durch die VBZ betrieben. Gemäss VBZ ist die Situation wie folgt:

- Die mittlere Auslastung zu Spitzenzeiten liegt auf dem jeweils stärksten Abschnitt im Bereich von 25 – 30 Personen, mit einzelnen Spitzen bis zu 40 Personen. Zu den Nebenverkehrszeiten ist die Auslastung tiefer. Kein Kurs erreicht derzeit die Kapazitätsgrenze.
- Mittelfristig sind keine Ausbauten auf der Linie 751 geplant.

Es wird empfohlen, beim nächsten Fahrplanverfahren eine Eingabe für eine Taktverdichtung zu den Spitzenzeiten zu machen, damit diese Frage im Rahmen des ordentlichen Prozesses geprüft werden kann.

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

4. Christian Meyer (glp/GEU) betreffend medizinische Grundversorgung in Dübendorf

Einleitung
In der Schweiz wird ein Arztmangel vorausgesagt. Besonders davon betroffen werden voraussichtlich Allgemeinmediziner sein (Hausärzte und Hausärztinnen). Durch ihr breites Tätigkeitsfeld und die Kenntnis der Krankengeschichte sind sie im Schweizer Gesundheitssystem wichtig für effiziente Behandlungen.

Fragen
1. Überwacht die Stadt die Anzahl praktizierender Hausärzte und Hausärztinnen in Dübendorf?
2. Ist bekannt, ob das Angebot an Hausärzten und Hausärztinnen in Dübendorf ausreichend ist und gibt es einen Vergleich mit anderen Gemeinden?
3. Gibt es einen Austausch zu diesem Thema mit dem Kanton?
4. Wenn nein, ist in Zukunft etwas in diesem Bereich geplant?

Antwort des Stadtrates, Ivo Hasler (SP), Sozialvorstand
1. Nein, eine Überwachung findet aktuell nicht statt. Der Kanton erfasst statistisch, wie die ambulante Ärzteversorgung ist. Man kann dort feststellen, dass diese kantonsweit gesunken ist.
2. Auch das wissen wir nicht. Es ist so, dass, wenn solche Sachen virulent werden, dann merkt man das. Aber das heisst nicht, dass man etwas nicht im Auge behalten sollte. Grundsätzlich sind die urbanen Gebiete wahrscheinlich in einem weniger prekären Zustand, was dies anbelangt. Prekär wird es v.a. da, wo in kleinen Gemeinden mit einer oder zwei kleinen Hausarztpraxen, eine ihre Tätigkeit aufgibt. Ich habe gerade vor Kurzem mit einer Kollegin aus Glattfelden gesprochen, wo eine Praxis ihren Betrieb einstellt und es nun keinen Hausarzt mehr gibt.

3. Siehe oben.
4. Wir sind im Stadtrat am Thema Gesundheit dran. Die Diskussion, wie man die Themen Alter und Gesundheit weiterentwickeln will, läuft.

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

5. Tanja Boesch (die Mitte/EVP) zum Thema «Krankentaggeldversicherung des Personals»

Einleitung
Bereits vor ein paar Jahren war die Krankentaggeldversicherung ein Thema in der GRPK. Damals wurde vom Stadtrat mitgeteilt, dass sich eine solche Versicherung für die Stadt nicht lohne, da die Versicherungsprämien die effektiv ausbezahlten Krankentaggeldleistungen übersteigen würden.

Fragen
1. Trifft die damals geäusserte Stellungnahme des Stadtrates immer noch zu?
2. Werden allfällige Krankheitsfälle jeweils budgetiert und wenn ja unter welchem Konto?

Antwort des Stadtrates, André Ingold (SVP), Stadtpräsident
1. Ja, das gilt unverändert. Im 2024 wird wieder eine Plausibilisierung der Daten basierend auf den Fällen der Jahre 2022/2023 vorgenommen.
2. Wir gehen davon aus, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht krank werden. Somit lautet die Antwort Nein.

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

6. Cornelia Schwarz (SVP) zum Thema «Poller im Hochbord»

Einleitung
Das Hochbord Nord bis zum Hochbord Süd (Hochbordstrasse), ist mit einem zweiteiligen Fahrverbot belegt und darf nur mit dem Linienbus, Fahrzeugen des öffentlichen Dienstes sowie Zubringerdienst zur Firma Beerstecher befahren werden. Um das Fahrverbot durchzusetzen, hat man in der Strasse versenkbare Poller einbetoniert. Damit die Berechtigten diese Strecke trotzdem fahren können, werden die Poller über Sensoren und Handdrücker in den Boden versenkt. Insbesondere, wenn der Linienbus durchgefahren ist, kommen die Poller wieder nach oben und sperren die Strasse. Leider kommt es immer wieder zu Unfällen wegen diesen Pollern. So zum Beispiel, wenn ein Auto nach einem Bus durchfährt und durch den aufsteigenden Poller aufgebockt wird. Dabei kommt es immer zu erheblichen Sachschäden, wie defekte Poller, aufgerissene Ölwannen usw. Für die meisten Personenwagen endet dies in einem Totalschaden. Zu guter Letzt müssen für diese Unfälle Polizei & Feuerwehr ausrücken, was wieder zusätzliche und eigentlich unnötige Kosten verursacht. Im Zusammenhang mit diesen Unfällen fiel die Polleranlage in der Regel zwischen zwei und drei Wochen aus und diente ihrem Zwecke nicht mehr.
Des Weiteren ist festzustellen, dass für den Winterdienst, welcher jeweils von Ende Oktober bis Ende März andauert, die Polleranlage ebenfalls ausser Betrieb gesetzt wird. Somit wird in dieser Zeit keine adäquate Umsetzung und Einhaltung des signalisierten Fahrverbotes durchgesetzt.

Fragen
Gäbe es nicht auch die Möglichkeit mit einer Kamera- / Videoüberwachung (Rotlichtkamera) die missbräuchlichen Durchfahrten zu überwachen? Analog dem Glattpark in Opfikon oder wie es auch in der Stadt Aarau funktioniert. Meines Wissens wurde dies dazumal bei der Umsetzung des Quartierplanes Hochbord mitofferiert. Oder könnte man dort die Durchfahrt für alle öffnen?

Antwort des Stadtrates, Ivo Hasler (SP), Stv. Sicherheitsvorstand

1. Ja, das wäre möglich. Grundsätzlich wurden im Projekt im Jahr 2017 drei Varianten geprüft (Poller, Schranke, Videoüberwachung). Alle drei Varianten sind an der genannten Örtlichkeit mit Vor-, aber auch Nachteilen möglich. Schlussendlich entschied sich die Verkehrskommission für die Variante Poller. Dies aus Gründen der tieferen Kosten und Effizienz beim Verhindern der Durchfahrt.
2. Nein. Das Verkehrsgutachten vom August 2003, welches dem Quartierplan zugrunde liegt, sieht vor, dass der zentrale Bereich der Hochbordstrasse lediglich für den öffentlichen Verkehr sowie für Fussgänger und Radfahrer zugänglich sein soll. Notfalls sei eine Warenanlieferung zu gestatten, für den Privatverkehr solle jedoch ein Motorfahrzeugverbot gelten. Dadurch wird in der Hochbordstrasse ein hochwertiger öffentlicher Raum geschaffen, der als Quartiermittelpunkt attraktiv gestaltet wird.

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

7. Patrick Walder (SVP) betreffend Leistungsüberprüfung

Einleitung

Am 07. September 2020 hat der Gemeinderat das Postulat «Leistungsüberprüfung» überwiesen. Im Auftrag an den Stadtrat steht: «Die Arbeitsgruppe soll idealerweise ihre Arbeit vor dem Budget 2021, spätestens vor dem Budget 2022 aufnehmen, sodass die Leistungsüberprüfung bis zum Budget 2021, spätestens jedoch bis zum Budget 2022 greifen». Im Zuge von Budget und Rechnung wurde immer rudimentär darüber berichtet. Ein effektiver Bericht, welche die Folge des Postulats sein sollte, liegt noch nicht vor.

Fragen

1. Wie ist der Stand der Leistungsüberprüfung?
2. Bis wann kann der detaillierte Bericht erwartet werden?
3. Muss ein weiterer politischer Vorstoss eingereicht werden, damit das Projekt einen Abschluss, resp. zumindest ein detaillierter Zwischenbericht erfährt?

Antwort des Stadtrates, André Ingold (SVP), Stadtpräsident

Ich beantworte diese Fragen in Stellvertretung von Finanzvorstand Martin Bäumle.

1. Aktuell wird von der Firma inoversum noch ein Differenzbericht erarbeitet. Differenz zwischen Erkenntnisse Spezialauftrag Hochbau, Planung, Tiefbau und den heutigen vorliegenden Ergebnissen respektive über die Umsetzung.
2. Sobald der Bericht von inoversum eingetroffen ist, wird der Schlussbericht innerhalb 4 Wochen dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt. Schätzungsweise Ende April Anfang Mai 2024 sollte dieser beim Stadtrat sein. Danach wird er an den Gemeinderat weitergeleitet.
3. Aufgrund der Antworten auf die ersten beiden Fragen, können wir diese Frage mit Nein beantworten.

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

8. Urs Menet (SP) zum Thema «defekte Uhr auf dem Turm vom Schulhaus Dorf»

Einleitung

Seit vielen Monaten steht die Zeit auf dem Schulhaus Dorf still, es ist immer 11:58 Uhr. Schade, denn so sieht es in Dübendorf aus wie in einer verarmten Stadt!

Fragen

1. Wird die Uhr auf dem Turm noch repariert?
2. Wann ist damit zu rechnen?

Antwort des Stadtrates, Susanne Hänni (glp/GEU), Bildungsvorständin
"Mir geht es genau gleich. Jedes Mal, wenn ich die Usterstrasse hinablaufe, sehe ich diese nicht funktionierende Uhr. Und das nicht nur seit mehreren Monaten, es sind mittlerweile 1.5 Jahre. Die Turmuhr auf dem Turnhallendach des Schulhauses Dorf stammt aus dem Jahr 1926, dem Baujahr der gesamten Anlage. Die beiden Schulhäuser Dorf A und Dorf B sind als schützenswerte Bauten eingestuft. Die mechanische Pendeluhr wurde in den letzten Jahren mit einer behelfsmässigen elektrischen Unterstützung betrieben. Als die Uhr im Herbst 2022 stillstand, stellte sich die Frage, ob für rund 26'000 Franken wieder eine elektrische Lösung angestrebt werden soll, welche gemäss Fachauskunft auf einen Betrieb von 15-20 Jahren ausgelegt ist. Alternativ kann das ursprüngliche Pendelwerk remechanisiert werden. Die Kosten dafür sind um einiges höher, rund 70'000 Franken. Dafür ist das Uhrwerk danach weniger störungsanfällig und nach dieser Restaurierung sollte der Uhrenbetrieb wieder über mehrere Generationen gewährleistet sein. Die Primarschulpflege hat sich für Letzteres entschieden. Sie wollte diesen Betrag aber nicht ohne vorherige Budgetierung bewilligen und hat den entsprechenden Betrag ins nächste reguläre Budget – jenes von 2024 - aufgenommen. Dieses ist nun bewilligt und die Arbeiten sind in Angriff genommen."

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

9. Julian Croci (Grüne) betreffend Inklusions-Check

Einleitung
In einem Pilotprojekt bietet der Kanton Zürich zwischen Mai 2022 und Februar 2024 Gemeinden den Inklusions-Check an, um es ihnen zu erleichtern, die UNO-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Nach unserem Wissensstand nimmt die Stadt Dübendorf (noch) nicht am Pilotprojekt teil, obwohl noch freie Plätze vorhanden sind (Stand Mitte Januar).

Fragen
1. Warum nimmt die Stadt Dübendorf nicht am Inklusions-Check Pilotprojekt teil?
2. Plant der Stadtrat, zu einem späteren Zeitpunkt am Inklusions-Check oder einem ähnlichen Angebot teilzunehmen?
3. Hält der Stadtrat die Stadt Dübendorf für vollumfänglich konform mit der UNO-Behindertenrechtskonvention?

Antwort des Stadtrates, André Ingold (SVP), Stadtpräsident
1. Am 21. November 2023 wurde in der Stadtverwaltung ein Workshop zum Thema Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention durchgeführt. Der Workshop wurde von der kantonalen Koordinationsstelle für Behindertenrechte geleitet. Dabei konnte festgestellt werden, dass viele Vorgaben der UNO-Behindertenrechtskonvention eingehalten werden.
2. Ob der Stadtrat am Inklusions-Check oder einem ähnlichen Angebot teilnehmen wird, wurde noch nicht entschieden.
3. In vielen Bereichen ja. Es gibt jedoch auch Bereiche wie beispielsweise beim barrierefreien Umbau von Bushaltestellen, welche noch nicht vollumfänglich der UNO-Behindertenrechtskonvention entsprechen.

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

10. Julian Croci (Grüne) zum Thema «Ökibus am Samstag»

Einleitung
Der Ökibus ist eine tolle Institution, die Einwohner*innen niederschwellig die Möglichkeit bietet zu recyceln, insbesondere auch autofreien Haushalten. Für Erwerbstätige ist es aber je nach Adresse schwierig, dieses Angebot zu nutzen. Eine Ökibustour am Samstag könnte Abhilfe schaffen, zum Beispiel könnte jeweils eine der bestehenden Touren gefahren werden.

Fragen
1. Nimmt der Stadtrat das Problem auch wahr, dass viele Einwohner*innen den Ökibus nicht wirklich nutzen können?
2. Könnte sich der Stadtrat grundsätzlich vorstellen, das Angebot des Ökibus zu erweitern bzw. auf den Samstag auszudehnen?

Antwort des Stadtrates, Adrian Ineichen (FDP), Tiefbauvorstand
Die Entsorgung in Dübendorf ist mehrgliedrig organisiert:
- verschiedene Abholungen von Wertstoffen auf der Strasse vor Ort bei den Einwohnern durch Entsorgungsunternehmen
- Fünf Nebensammelstellen in verschiedenen Quartieren
- Die Hauptsammelstelle, geöffnet Montag bis Samstag
- Der Öki-Bus auf Tour Montag-Donnerstag

Der Öki-Bus ist ein umgebauter Linienbus, der als mobile Sammelstelle für 20 Wertstoffe vor 20 Jahren ins Leben gerufen wurde – und dieses Jahr Jubiläum feiert. Er fährt verschiedene Routen durch alle Quartiere ab und hat pro Haltestelle 20 Min Standzeit. Mehr zum Öki-Bus ist im Wertstoffkalender zu finden. Der Öki-Bus richtet sich insbesondere an weniger mobile Personen, ältere Menschen und Familien; jene, die werktags typischerweise zu Hause sind. Das heutige Angebot des Öki-Busses könnte nicht ohne weiteres ausgedehnt werden. Mit einem Bus kann nicht jedes Quartier und jede Haltestelle innerhalb eines Tages bedient werden. Mir liegen keine Wünsche vor für eine Ausdehnung auf Freitag oder Samstag. Es ist deshalb nicht vorgesehen, das Angebot auf Samstage auszudehnen. Das Angebot des Öki-Busses wird periodisch überprüft. Beim kommenden Ersatz des aktuellen Fahrzeugs wird dies auch wieder der Fall sein."

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

11. Reto Heeb (die Mitte/EVP) zum Thema Fussballchaoten in Dübendorf

Einleitung
Schon seit einiger Zeit beschäftigt mich die immer stärken werden Auswüchse der Fanclubs der Fussballmannschaften FCZ und GCZ. Diese Auseinandersetzungen können schon fast als Bandenkrieg bezeichnet werden. Wir alle kennen Dübendorf mit den versprayten Fassaden. Eines der neusten und prominentesten Ereignisse sind die Sprayereien am Güggelhus. Aber auch auf fast allen Verkehrstafeln in Dübendorf gibt es entweder Abziehkleber oder Sprayereien dieser zwei Fussballvereine. Ich kenne aus einer persönlichen Erfahrung einen Lernenden einer Dübendorfer Unternehmung, welcher seine Lehre in Dübendorf abgebrochen hat. Dies, nachdem er diverse Male verbal Drohungen und dann auch eine Bedrohung mit einem Messer erleben musste. Er wurde aufgefordert Dübendorf niemals mehr zu betreten. Das nur, weil er im Familienumfeld Fanangehörige des in Anführungszeichen falschen Fussballvereins hat. Eine letzte Steigerung der Gewalt konnten wir vor gut einer Woche erleben. Kurz vor dem Bahnhof Stettbach gingen die Chaoten der zwei Fanclubs aufeinander los und ein Tram wurde komplett demoliert. Ich stelle mir persönlich wirklich die Fragen:

Kann ich mich in Dübendorf noch sicher im öffentlichen Raum bewegen? Und was muss und kann man alles von diesen Fangruppierungen noch erwarten? Vermutlich geht es einigen im Rat und in der Bevölkerung gleich wie mir. Zurzeit haben wir wohl in dieser Fussballpartie das Zwischenergebnis Fussball 1 : Bevölkerung 0. Ich wünsche mir aber, dass diese Partie unentschieden und fair gespielt endet.

Fragen

1. Welche Massnahmen werden vom Stadtrat ergriffen, um eine weitere und immer extremere Ausschreitung dieser Fangruppen zu verhindern?
2. Welche Massnahmen werden vom Stadtrat ergriffen, um die Sachbeschädigungen durch Sprayereien oder dergleichen zu verringern?
3. Füllt sich der Stadtrat und deren Abteilungen von den anderen Parteien wie zum Beispiel der Kantonspolizei oder den Vertretern dieser Fussballmannschaften genügend unterstützt und ernst genommen?
4. Was können wir als Bürger und direkt Betroffenen zu einer Verbesserung der Lage beitragen? Ich denke da auch zum Beispiel an die Möglichkeit, niederschwellig Beobachtungen und Vandalenakte zu melden.

Antwort des Stadtrates, Ivo Hasler (SP), Stv. Sicherheitsvorstand

1. Fan-Ausschreitungen sind nicht nur ein Dübendorfer oder Stadtzürcher Problem, sondern eine gesamtschweizerische unschöne Entwicklung. An den vergangenen Wochenenden wurden in diversen Schweizer Stadien die Fansektoren nach Ausschreitungen geschlossen. Die Sicherheitsorgane der Stadt Dübendorf treffen folgende Massnahmen zu einer Verbesserung der Situation: Sie stehen im nahen Austausch mit den Partnerorganisationen (Stadtpolizei Zürich/Kantonspolizei Zürich). Durch die Jugendsachbearbeiter der Kantonspolizei Zürich und Stadtpolizei Zürich wird der Dialog mit den bekannten Dübendorfer Fanprotagonisten gesucht. An den Schulen sowie bei Elternzirkeln wird Aufklärungsarbeit geleistet. Es wird versucht bei einem runden Tisch mit den Fanverantwortlichen in den Dialog zu treten.
2. Es wird mit den zur Verfügung stehenden personellen und materiellen Mitteln Prävention sowie Repression vorgenommen.
3. Die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Zürich, wie auch der Stadtpolizei Zürich ist sehr gut und unterstützend. So konnte dank dem Einsatz der Stadtpolizei Zürich bei den Ausschreitungen vor zwei Wochen beim Stettbach (Mattenhof) ein Übergreifen auf die Stadt Dübendorf erfolgreich verhindert werden. Die Zusammenarbeit mit den Fussballclubs sowie deren Fanbetreuenden ist äusserst mühsam.
4. Die Bürger/Bürgerinnen von Dübendorf sind mit der nötigen Zivilcourage gefordert. "Hinschauen statt wegschauen" soll das Motto sein. Insbesondere die Polizei ist auf Hinweise aus der Bevölkerung dringend angewiesen. Eltern sollten bei ihren Kindern genau hinschauen. Die Ultra Fangruppierungen rekrutieren bereits auf den Schulplätzen ihre Mitglieder. Um diese Beobachtungen und Informationen durch die Stadtpolizei zu verarbeiten, benötigt es die notwendigen Ressourcen.

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

Einwände gegen die Verhandlungsführung
Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.
Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.
Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 26. Februar 2024 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 11. März 2024 festlegen.

Damit ist die 16. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2022-2026 geschlossen.

Schluss der Sitzung: 20:21 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Edith Bohli
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Patrick Schärli
Gemeinderatspräsident